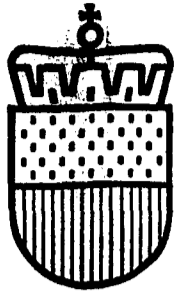


Liechtensteiner Volksblatt

Mit den amtlichen Publikationen aus dem Fürstentum Liechtenstein

Bezugspreise: Liechtenstein und Schweiz jährlich sFr. 27.—, halbjährlich sFr. 14.—, vierteljährlich sFr. 7.50 — Vorarlberg jährlich öS 270.—, halbjährlich öS 140.—, vierteljährlich öS 72.—, übriges Ausland jährlich sFr. 45.—, halbjährlich sFr. 23.—, Bestellungen nehmen alle Postämter und die Verwaltung des «Liechtensteiner Volksblatt» in Schaan entgegen. Postscheckkonto: 90-2988 St. Gallen — Verwaltung und Redaktion: FL-9494 Schaan, Lindenplatz 119, Tel. (075) 2 49 49 / 2 49 50 — Druck: Buchdruckerei Gutenberg, FL-9494 Schaan (Fürstentum Liechtenstein). Einzelverkaufspreis: sFr. —.30 / öS 2.—



Anzeigenpreise: Einspaltige Millimeterzelle (36 mm) in Liechtenstein: Anzeigen 16 Rappen, Textreklame (74 mm) 50 Rappen. In der Schweiz: Anzeigen 20 Rappen, Textreklame 50 Rappen. In Vorarlberg und im übrigen Ausland: Anzeigen 21 Rappen, Textreklame 60 Rappen — Anzeigenannahme: Für das Fürstentum Liechtenstein: Verwaltung «Liechtensteiner Volksblatt», Lindenplatz 119, FL-9494 Schaan, Telefon (075) 2 49 49 und 2 49 50. Für die Schweiz und das übrige Ausland: «ASSA», Schweizer Annoncen AG, CH-9001 St. Gallen, Oberer Graben 3, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte der «ASSA»

AZ — FL-9494 Schaan, Samstag, 30. Januar 1971

Erscheint Dienstag/Mittwoch/Donnerstag/Samstag

104. Jahrgang — Nr. 15

Tribüne der freien Meinung

Frauenstimmrecht: Mit halbem Herzen

Wenn man in letzter Zeit unsere Zeitungen aufschlägt, hat man den Eindruck, dass es nie etwas wichtigeres gegeben hat, als das Stimmrecht für die Frauen. Es sieht so aus, als würde unsere ganze Existenz vom Ja am 28. Februar abhängen. Machen wir uns doch nichts vor. Was ändert sich schon, wenn die Frauen auch noch zur Urne gehen? Wahrscheinlich nicht sehr viel und auf die gesellschaftliche und berufliche Stellung der Frau hat das Ergebnis der Volksabstimmung auch keinen grossen Einfluss. Es gibt genug Staaten, in denen die Frauen das Stimmrecht schon seit ewigen Zeiten besitzen, gesellschaftlich und beruflich aber weit schlechter gestellt sind als bei uns. — Ich werde (damit man mich nicht missversteht) am 28. Februar ein Ja in die Urne werfen. Allerdings nur mit halbem Herzen und nicht weil ich von der Nützlichkeit überzeugt bin. Das Ja am 28. Februar kann man nur als Vernunftlösung und mit der Stellung Liechtensteins zum Ausland wirklich glaubhaft begründen. Nur weil vermieden werden soll, dass wir fälschlicherweise als letzter Negerstaat eingestuft werden, wenn die Abstimmung negativ ausfällt kann und muss man sogar Ja stimmen. Aber nicht wegen all den schönen Aufsätzen, die in letzter Zeit zum Thema Frauenstimmrecht erschienen sind. (mr)

Anonymität und Demokratie

Wenn man als Aussenstehender die Kontroverse zwischen einem Einsender im «Volksblatt» und dem Triesner Vorsteher mitverfolgt hat, muss sich fragen, ob die sogenannte Anonymität eines Einsenders in der Zeitung schon Grund genug gibt, um zu einem Sachproblem nicht mehr Stellung zu nehmen? Hier tut sich etwas, was mit dem berühmten Schlagwort von der lebendigen Demokratie nicht mehr viel zu tun hat. Es kann für einen Bürger viele, berechnete Gründe geben, wenn er nicht wünscht, dass seine Einsendungen in der Zeitung mit vollem Namen gezeichnet sind, solange damit niemand persönlich beleidigt wird. Das Beispiel von Triesen steht für verschiedene ähnliche Fälle im Land. (kr)

Grösste Auflage?

In der Werbung für das «Volksblatt» heisst es immer «Die Zeitung mit der grössten Auflage in Liechtenstein». Was heisst das im Verhältnis zu den anderen? (Ch.M.)

Anmerkung der Redaktion: Die letzte, notarielle Beglaubigung der Auflage des «Liechtensteiner Volksblatt» im Februar 1970 ergab 5053 Exemplare. Die Auflage ist inzwischen auf 5200 Exemplare pro Ausgabe angestiegen. Die letzten, beglaubigten Zahlen für das «Liechtensteiner Vaterland» sind laut offiziellem Zeitungskatalog 2976 Exemplare. «Der Liechtensteiner» liess seine Auflage noch nie beglaubigen, gibt sie aber mit 1850 Exemplaren pro Ausgabe an.

«Frühmüder» Regierungsrat

Zuerst war ich überrascht wieviel Raum das «Volksblatt» dem vorzeitigen Rücktritt von Regierungsrat Cyrill Büchel (in der Ausgabe vom 28. Januar — die Red.) widmet. Nach der Lektüre der «Vaterland»-Beilage «Rheinpost» wunderte es mich allerdings nicht mehr. Dort wird der frühmüde Regierungsrat sogar als «einer der profiliertesten Politiker des Landes» bezeichnet. Na also. (k.)

Was tut sich auf unseren Strassen?

Wichtige Ausbauprojekte für das Jahr 1970 blieben in der Schublade — Magere Aussichten für das laufende Jahr!

Dem offiziellen Presseorgan einer Mehrheitspartei soll man es nicht verübeln, wenn es gelegentlich auch dann in Optimismus macht, wo er eigentlich gar nicht am Platze wäre. Schliesslich muss es die Politik der Regierung ja «verkaufen» und dem Bürger das Gefühl geben, dass es ihm noch nie so gut gegangen sei wie heute. Insofern kann man es auch verstehen, wenn das «Liechtensteiner Vaterland» (in der Donnerstagsausgabe) freudig meint: «Es tut sich was auf unseren Strassen» und sich damit brüstet, dass im laufenden Jahr «über 9 Millionen Franken in den Strassenbau» investiert werden. Es folgt dann ein grossartiges Bauprogramm für Strassen im Ober- und Unterland. Ueberall dort, wo man noch nicht genau weiss, ob der Optimismus berechtigt ist, erinnert man freilich an angebliche Versäumnisse der alten Regierung oder an Schwierigkeiten mit der Bodenauflösung, die es offenbar erst gibt, seit die Union an der Mehrheit ist.

Versäumnisse im alten Jahr

An einem Bauprogramm hat es auch im alten Jahr nicht gefehlt. Als die Leitung des Bauressorts in die Hände der VU übergang, lag ein umfassendes Programm für den Aus- und Neubau von Strassen vor, für das die Kredite durch den Landtag bereits genehmigt waren. Von den insgesamt 21 Sanierungsprojekten, die von der alten Regierung für das Jahr 1971 zur Ausführung vorgesehen waren, liess die Vaterländische Union mindestens 8 wieder in die Schublade verschwinden. Unbenutzt blieben 1,8 Millionen Franken, die für den Ausbau der Strasse Schaan — Nendeln freigestellt waren. Die Korrektur für die Strasse von Schaan nach Planken, für die bereits 300 000 Franken bereitgestellt war, wurde nicht fortgeführt. Dafür scheint sie jetzt als besondere Tat im Strassenbauprogramm für 1971 auf! Auf dem Programm stand auch die Korrektur der Strasse Nendeln — Innerorts, für die bereits für das Jahr 1970 390 000 Franken bewilligt waren. Im VU-Bauprogramm heisst es jetzt, man habe noch einen Expropriationsfall zu erledigen. Von der Strasse Ruggell — Nofels, die ebenfalls auf dem Sanierungsprogramm für 1970 stand, ist heute keine Rede mehr. Unter den Tisch gewischt wurde offenbar auch der für 1970 geplante Ausbau der Strasse Gamprin — Bendorf, für den 800 000 Franken bewilligt waren und die Sanierung der Strasse von Mauren — Eschen (Fallgasse), die mit 400 000 Franken finanziell gesichert war. Ausserdem waren Kredite in der Höhe von 1,2 Millionen Franken für den Ausbau der Strassen von Mauren und Eschen nach Schel-

lenberg bewilligt. Die Sanierung beider Strassenteile stand auf dem Tätigkeitsprogramm des Bauressorts für das Jahr 1970. Von der Strasse über Aspen nach Eschen redet man plötzlich überhaupt nicht mehr. Die Strasse nach Mauren will man wegen angeblichen Auslösungsschwierigkeiten auch im gross angelegten Programm für 1971 noch nicht bauen können!

Das Fazit: eine ganze Reihe von Strassen-sanierungen, die im Jahre 1970 zur Ausführung bereit und finanziell gesichert waren, wurden überhaupt nicht in Angriff genommen. Zum Teil wurden sie aber auch schubladisiert.

Soll die Öffentlichkeit getäuscht werden?

Das von der alten Regierung aufgestellte Strassenbauprogramm für 1970 war mit 19,7 Millionen Franken budgetiert, wovon allein 11,2 Millionen Franken für die wichtigsten Strassen-sanierungen vom Landtag bereits bewilligt waren. Das von der VU propagierte und vom «Vaterland» hochgejubelte Budget von 9 Millionen Franken ist eines der niedrigsten der letzten Jahre.

Entweder glauben die Verantwortlichen in der VU wirklich selbst an eine grosse Leistung, oder aber die Öffentlichkeit soll mit solchen Aufsätzen darüber hinweggetäuscht werden, dass das Baubudget in Tat und Wahrheit gekürzt wurde und verschiedene Strassenbauprojekte, die man grossartig für das Jahr 1971 ankündigt, schon 1970 hätten realisiert werden sollen. Von der Umfahrungsstrasse Schaan — Vaduz, die wohl den einzigen Ausweg aus dem Verkehrschaos in diesem Bereich darstellt, ist überhaupt nicht mehr die Rede!

Versäumnisliste statt Strassen

Um so eifriger ist man dafür bemüht, der Öffentlichkeit weiszumachen, dass die umstrittene Finanzpolitik der Union das einzig richtige sei. Man geht heute schon so weit, dass man der FBP sogar noch Vorwürfe macht, weil sie in den Jahren ihrer Regierungsmehrheit in der Lage war Geld zu sparen, das die Vaterländische Union bereits in zehn Monaten ihrer Regierungszeit wieder verpulvert hat, ohne dass man genau weiss, wo es eigentlich hingekommen ist.

Für den Fall, dass es auch nach dem zweiten Jahr VU-Regierung statt neue Strassen eine eindrucksvolle Versäumnisliste gibt, hat sich das Sprachrohr der Regierungsmehrheit bereits abgesichert, wenn es schreibt: «Nicht alle Engpässe werden noch zu retten sein, denn besieht man sich allein das Strassenbauprogramm, so

wird verständlich, dass von einer völligen Ausschöpfung der Leistungskapazität unserer Bauunternehmer gesprochen werden kann.»

Jetzt wissen wir es: wenn im laufenden Jahr entgegen den Prognosen wieder nichts geschieht, dann soll man nicht auf die Regierung böse sein, sondern auf die Bauunternehmer.

Im übrigen wäre es uns lieber, wenn man die Engpässe auf den Strassen beseitigen würde, statt sie zu «retten». Ungewollt rutscht einem halt gelegentlich auch ein wahres Wort zwischen die Zeilen.

KOMMENTAR

CURTA: Abschied von einem Symbol

Ende der vierziger Jahre, als es in Liechtenstein insgesamt noch nicht mehr als 318 Personenwagen und 10 Autobusse gab, als die Baugrundstücke im Zentrum von Vaduz noch billiger zu haben waren als heute im Malbun und der Staatshaushalt erstmals die Grenze von 4 Mio Franken knapp überschritten hatte, bastelten Techniker an den Prototypen einer Kleinstreckenmaschine, die unter dem Namen CURTA schon wenige Jahre später zum ersten, internationalen Symbol für die anlaufende Industrialisierung unseres Landes werden sollte. Bereits 1952 wurde das «Wunderding», das einer Mini-Kaffeemühle ähnlicher sah als einer Hochleistungs-Rechenmaschine, in voller Serie produziert und in alle Welt verkauft. Raketentechniker auf Haiti machten sich die handliche Rechenhilfe «Made in Liechtenstein» ebenso zu Nutzen wie Bergbau-Ingenieure in Südamerika, Architekten in Rom oder Schweizer Waffenschmiede der Contraves bei Schiessversuchen im Wallis. Im Jahre 1956, als sich in Brüssel die Tore zur Weltausstellung öffneten, wurden CURTA-Rechenmaschinen aus Mauren bereits in 125 Länder exportiert und blieben noch längere Zeit das international bekannteste Industrieprodukt unseres Landes, von dem man bis dahin nicht viel mehr gewusst hatte, als dass es die letzte Monarchie deutscher Zunge und ein steuerlich interessanter Briefmarken-Kleinstaat im Herzen Europas sei. Vor wenigen Jahren — Liechtenstein war bereits zum Industriestaat im Sinne des Wortes avanciert — gingen die Fabrikationsanlagen der CURTA, die durch den Zuzug von optischen Geräten etwas kopflastig geworden waren, in der (zwischenzeitlich zum Grossunternehmen gewachsenen) Hilti AG auf. Marktstudien und wirtschaftliche Überlegungen führten nun zum Entschluss, die Produktion der CURTA-Rechenmaschinen in den nächsten Tagen für immer einzustellen. Erhalten bleiben lediglich Ersatzteillager und Service für die weit über 100 000 Kleinstrechner, die in aller Welt heute noch im Einsatz stehen und als Beispiel liechtensteinerischer Wertarbeit vor 20 Jahren zu symbolträchtigen Zeugen einer neuen Epoche wurden. (wbw)

Ölwehr und Gewässerschutz

Neuerung im Gewässerschutz — Abfüllsicherungen bei Tankanlagen

Seit 18. Januar 1971 wird bei jeder neuen Bewilligung für eine Tankanlage eine Abfüllsicherung vom Amte für Gewässerschutz vorgeschrieben. Dies, um ein Ueberfüllen von Oel und Benzin beim Befüllen von Tankanlagen zu verhindern.

Bei bestehenden Tankanlagen wird eine solche Sicherung vorgeschrieben werden im Zusammenhang mit den künftig periodisch durchzuführenden Tankrevisionen.

Der Grund für diese Neuerung liegt darin, dass unter den Unfallursachen durch ausfliessende Mineralölprodukte das Ueberfüllen von Lagertanks an erster Stelle steht. Die auslaufenden Mengen bei solchen Ueberfüllungen können von wenigen Litern bis zu Tausenden von Litern betragen, die entweder ins Grundwasser versickern oder ins nächste Fließgewässer gelangen und dort Verschmutzungen verursachen.

Eine Abfüllsicherung setzt sich im Wesentlichen aus zwei Hauptteilen zusammen:

- der Tankausrüstung: bestehend aus einem im Tank fest montierten, foto-elektrischen Fühler mit einem Anschluss-Stecker für das Verbindungskabel vom Tankwagen.
- der Tankwagenausrüstung: bestehend aus einem elektronischen Steuergerät, einem pneu-

matischen Absperrventil und einem Verbindungskabel.

Erreicht der Flüssigkeitsstand beim Befüllen einer Tankanlage die obere Grenze, bzw. den im Tank eingebauten Fühler, so wird ein Signal ausgelöst, durch das sich das auf dem Tankwagen befindende Absperrventil automatisch schliesst und den Füllvorgang stoppt.

Um die Gewähr zu erhalten, dass alle Fühler fachgerecht eingebaut werden, wurde vom Amt für Gewässerschutz ein Einbaukurs durchgeführt, zu dem alle Installationsfirmen, Tankherstellerfirmen und Tankrevisionsfirmen des Landes eingeladen waren. In einem theoretischen und einem praktischen Teil wurden die Funktion und die wichtigsten Merkmale einer fachgerechten Montage erläutert. Zu diesem Kurse konnten 50 Teilnehmer begrüsst werden. An dieser Stelle danken wir nochmals für das zahlreiche Erscheinen.

Alle Firmen, die an diesem Kurs teilgenommen haben, sind nun berechtigt, Abfüllsicherungen einzubauen.

Durch diese Neuerung sollten bis in ca. 5 Jahren alle Tankanlagen im Lande mit einer Abfüllsicherung ausgerüstet sein. Damit soll und kann die Gefahr von Ueberfüllungen gebannt werden — ein wichtiger Schritt in der Durchführung des Gewässerschutzes.

Privatkonto plus SWISS CHEQUE führen zur

Verwaltungs- und Privat-Bank AG
Vaduz

BÜROMÖBEL
für alle Ansprüche

9494 Schaan

ferdina frick ag